

TAGUNG

Die Europäische Union 60 Jahre nach den Römischen Verträgen: Strategien und Herausforderungen für die Zukunft

Carolin Marx und Lea Michel*

Mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957 begann eine einzigartige Partnerschaft zwischen Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg und der rechtliche Grundstein für die Europäische Union (EU) wurde gelegt. Die Verträge gelten seither als Kulminationspunkt und Abschluss der europäischen Gründerjahre. Sie schufen das institutionelle Gerüst für den Aufbau der späteren EU. Trotz vieler Erfolge steht diese, 60 Jahre nach der Ratifizierung der Römischen Verträge, vor komplexen Herausforderungen. Deshalb nahm das Institut für Europäische Politik den Jahrestag zum Anlass, um Strategien und Herausforderungen für die Zukunft der EU interdisziplinär zu diskutieren. Parallel dazu fand der Manifesto-Workshop des Projekts „Alternative Europa!“ statt.

Die Zukunft Europas: die EU der 27

Zu Beginn der Tagung ordnete *Michael Kreile* die Weichenstellungen von Rom historisch ein und nahm eine Bestandsaufnahme des europäischen Integrationsprozesses vor. Diese sei Grundvoraussetzung, um Zukunftsperspektiven zu erschließen, und angesichts der aktuellen Aufgaben, denen sich die EU gegenüberstellt, unabdingbar. Als besonders große Herausforderungen hob er den wachsenden Populismus und Europaskeptizismus hervor. Für die Zukunftsfähigkeit Europas seien Reformen der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) sowie der Gemeinsamen Außen-

60 Jahre Römische Verträge und die Zukunft der Europäischen Union

Jahrestagung des Instituts für Europäische Politik (IEP) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftlichen Direktorium des IEP und dem Arbeitskreis Europäische Integration (AEI)

Mit freundlicher Unterstützung der Vertretung der Freien Hansestadt Bremen beim Bund. Gefördert durch das Auswärtige Amt und kofinanziert durch die Europäische Union und Erasmus+.

28./29. September 2017, Berlin

Begrüßung und Eröffnung

Prof. Dr. Michael KREILE, Humboldt-Universität zu Berlin; Vorsitzender des Wissenschaftlichen Direktoriums, Institut für Europäische Politik (IEP), Berlin

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian MÜLLER-GRAFF, Universität Heidelberg; Vorsitzender des Vorstands, Arbeitskreis Europäische Integration (AEI), Berlin

Prof. Dr. Mathias JOPP, Direktor, Institut für Europäische Politik (IEP), Berlin

Einführungsvortrag

Martin KOTTHAUS, Ministerialdirektor, Leiter der Europa-Abteilung, Auswärtiges Amt, Berlin

Die Weichenstellungen von Rom – Pfadabhängigkeiten und Perspektiven der Integration

Moderation: Prof. Dr. Michael KREILE, Humboldt-Universität zu Berlin; Vorsitzender des Wissenschaftlichen Direktoriums, Institut für Europäische Politik (IEP), Berlin

Prof. Dr. Wilfried LOTH, Universität Duisburg-Essen

* Carolin Marx, Research Advisor, Institut für Europäische Politik, Berlin.
Lea Michel, Research Assistant, Institut für Europäische Politik, Berlin.

und Sicherheitspolitik (GASP) besonders wichtig.

Peter-Christian Müller-Graff und *Mathias Jopp* betonten, dass die Römischen Verträge trotz des vielfach erweiterten Primärrechts auch heute noch die normativen Grundpfeiler der EU darstellen. Beide verwiesen dabei auf die Dringlichkeit der zügigen Umsetzung notwendiger Reformen unter Berücksichtigung der Vorschläge Emmanuel Macrons, um die anstehenden Herausforderungen zu meistern.

Martin Kotthaus forderte einen solidarischeren Umgang unter den Mitgliedstaaten, um die innere Kohäsion der Union zu festigen. Er stellte kritisch fest, dass es eine anhaltende Diskrepanz zwischen Ost- und Westeuropa gebe und dass die Bemühungen um den Zusammenhalt der EU stark divergierten. Unter den anstehenden Herausforderungen für die deutsche Europapolitik hob er besonders die Spannungen innerhalb der deutsch-türkischen Beziehungen, die Globalisierungssängste der Bevölkerung, den Brexit und die Konsequenzen einer vereinzelten Missachtung von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs hervor.

Etappen des europäischen Integrationsprozesses

Wilfried Loth verdeutlichte zunächst die gegenwärtig komplexe Lage der EU und sprach sich für eine Vertiefung aus, die aufgrund von vielschichtigen Krisen innerhalb der Union derzeit erschwert werde. Er erinnerte daran, dass das Projekt der europäischen Integration oft als verloren gegolten und nur dank des proeuropäischen Engagements von Konrad Adenauer und Guy Mollet im Jahre 1957 durch die Römischen Verträge ein stabiles Fundament erhalten habe. Allein auf dieser Basis sei eine fundierte Diskussion über die Zukunft der Union überhaupt möglich.

Gabriele Clemens setzte mit ihrer Darstellung früher an und zeichnete die Gründung der

Prof. Dr. Gabriele CLEMENS, Universität Hamburg

Prof. Dr. Wolfgang WESSELS, Universität zu Köln

Die Akzeptanzkrise der europäischen Integration: Brexit und der Aufstieg populistischer Parteien

Moderation: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian MÜLLER-GRAFF, Universität Heidelberg; Vorsitzender des Vorstands, Arbeitskreis Europäische Integration (AEI), Berlin

Dr. Peter PTASSEK, Beauftragter für Grundsatzfragen der EU; Stellv. Leiter der Europa-Abteilung; Leiter Arbeitsstab Großbritannien – Brexit-Taskforce, Auswärtiges Amt, Berlin

Prof. Dr. Gabriele ABELS, Universität Tübingen

Prof. Dr. Wichard WOYKE, Universität Münster

Prof. Dr. Michael KAEDING, Universität Duisburg-Essen

Flexible Integration: Spielräume und Konzepte innerhalb der europäischen Verträge

Moderation: Prof. Dr. Miriam HARTLAPP, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin

Jochen MÖLLER, Planungsstab, Auswärtiges Amt, Berlin

Prof. Dr. Annetre EPPLER, Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl; Innsbruck Center for European Research, Innsbruck

Dr. Funda TEKIN, Centre international de formation européenne (CIFE), Berlin

Stabilität und Wachstumsdynamik – Anforderungen an die Wirtschafts- und Währungsunion

Moderation: Prof. Dr. Wim KÖSTERS, RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
Thomas WESTPHAL, Ministerialdirektor, Leiter der Abteilung Europapolitik, Bundesministerium der Finanzen, Berlin

Prof. Dr. Ansgar BELKE, Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Friedrich HEINEMANN, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim; Universität Heidelberg

Prof. Dr. András INOTAI, Institute of World Economics, Budapest

Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Jahre 1951 als supranationales System nach, welche die Entwicklung der EU bis heute noch beeinflusse. Mit Bezug auf das Konzept der Pfadabhängigkeiten erläuterte sie, dass sich die 1951 und 1957 geschaffenen Institutionen nicht nur als stabil und dauerhaft erwiesen, sondern sich trotz der aufgetretenen Krisen weiterentwickelt hätten. Diese Entwicklung sei darauf zurückzuführen, dass der europäische Integrationsprozess die Interessen der einzelnen Staaten so eng verwoben hat, dass das Fortbestehen der Union selbst zum vitalen Interesse der Mitgliedstaaten geworden war. Der Fortbestand wurde durch gezielte Reformen der vorhandenen Strukturen erreicht. Dies konkretisierte Clemens anhand des Europäischen Rates, der im Jahr 1975 zum ersten Mal tagte. Er sollte die Lähmung des Ministerrates infolge des Luxemburger Kompromisses von 1966 ausgleichen.

Wolfgang Wessels analysierte die verschiedenen Etappen in der Entwicklung der Union anhand von Pfadabhängigkeiten. Dazu verglich er zunächst die Römischen Verträge mit dem Vertrag von Lissabon. Er unterstrich, dass es mit Blick auf institutionelle Reformen zur Pfadabhängigkeit in Form von Souveränitätsabgaben kam, welche die Funktionsdefizite des EU-Systems mit vergangenen Entscheidungen erklären ließen. Aufgrund der andauernden Krisen in Europa werde versucht, Kompetenzen auf die europäischen Institutionen zu übertragen. Dies erklärte er mit dem aktuellen Stadium der Union: der Fusion. Laut Wessels gibt es ein Spannungsverhältnis zwischen dem Problemlösungsinstinkt der Mitgliedstaaten, der Entscheidungen auf europäischer Ebene verlangt, und deren geringer Neigung zum Souveränitätsverzicht. Daraus ergebe sich eine „Integrationsspirale“, d.h. eine ständige Verlagerung von Entscheidungen auf die EU-Ebene, allerdings ohne automatische Kompetenzübertragung. Dies entspreche dem Stadium der Fusion im

Der Imperativ der Sicherheit: Perspektiven der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik

Moderation: Prof. Dr. Mathias JOPP, Direktor, Institut für Europäische Politik (IEP), Berlin

Dr. Robert DIETER, Europäischer Korrespondent Grundsatzfragen und Koordinierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Rat für Außenbeziehungen; Koordinierung PSK und Gruppe RELEX, COREU-Steuerung, Auswärtiges Amt, Berlin

Dr. Nicole KOENIG, Jacques Delors Institut – Berlin

Prof. Dr. Daniel GÖLER, Universität Passau

Schlussbetrachtung: Reformvorschläge zur Demokratisierung der EU – Möglichkeiten und Grenzen

Axel SCHÄFER, MdB, Stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages, Berlin; Vizepräsident des Instituts für Europäische Politik (IEP), Berlin

Sinne einer Verwischung von Verantwortlichkeiten.

Brexit, Europaskeptizismus und Populismus: Gefahr für die europäische Integration?

Peter-Christian Müller-Graff verwies mit Bezug auf den bevorstehenden Brexit und den Aufstieg populistischer Parteien auf die aktuelle Akzeptanzkrise der europäischen Integration. Hierbei verdeutlichte er, dass der „Pfad“ des vertraglich vereinbarten Integrationsmodells der europäischen Integration durch den zukünftigen Brexit „verlassen“ werde.

Peter Ptassek betonte, dass der unerwartete Ausgang des Brexit-Referendums und der Aufstieg populistischer Parteien die EU ins Wanken gebracht hätten. Er unterstrich, dass Europa derzeit bei den Brexit-Verhandlungen eine Phase der größten Harmonie innerhalb der EU-27 erlebe, was immens wichtig für einen stabilen Weiterbestand der EU sei. Um den Fortbestand Europas zukünftig zu garantieren, verwies er auf die schnelle Umsetzung der Reformansätze des Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker und des französischen Präsidenten Emmanuel Macron.

Gabriele Abels setzte den Zuspruch zu populistischen Parteien in einigen Mitgliedstaaten mit dem Ausgang des Brexit-Referendums in Zusammenhang. Sie führte aus, dass der Wahlerfolg einiger populistischer Parteien auf den zunehmenden Europaskeptizismus zurückzuführen sei, der die Union als problemlösungsunfähig darstelle. Zudem hob sie die Wichtigkeit einer politischen Wahlanalyse auf regionaler Ebene hervor. In einigen Regionen in Nordengland fiel die Zustimmung zum Brexit trotz der finanziellen Unterstützung durch die EU signifikant hoch aus.

Wichard Woyke vertrat die These, dass populistische Parteien nach der Brexit-Abstimmung weniger Zustimmung in der europäischen Bevölkerung erfahren und die Fortsetzung des europäischen Integrationsprozesses wieder an Zuspruch gewonnen habe. Er bezog sich dabei auf eine Acht-Länder-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung,¹ wonach eine Mehrzahl europäischer Bürger die EU als sehr wichtige Institution einstufe. Dennoch sei der zunehmende Einfluss von europaskeptischen und populistischen Parteien nicht zu unterschätzen. Sie seien ein Produkt der Modernisierungskrisen, die entstehen, wenn in der Gesellschaft das Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen Notwendigkeiten, sozialstrukturellen Machtverteilungen sowie kulturellen Bewusstseinsformen verloren gehe. Diese gesellschaftliche Transformation führe zu Orientierungsverlusten und Befremdungsscheinungen innerhalb der Bevölkerung, was wiederum den populistischen Parteien in die Hände spiele.

Flexible Integration: europäische Realität?

Miriam Hartlapp betonte eingangs, dass Flexibilisierung und Differenzierung fester Bestandteil der europäischen Integration innerhalb der europäischen Verträge seien.

Jochen Möller stellte fest, dass die flexible Integration europäische Realität geworden sei

und sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene ein vielschichtiges Diskussionsthema darstelle. Für Deutschland habe flexible Integration einen besonderen Mehrwert, da sie zur Umsetzung der europapolitischen Ziele des Landes beitragen könne. Um konkret zu erörtern, inwieweit flexible Integration in Europa stärker gefördert und ausgebaut werden sollte, müsse eine prinzipielle Offenheit für ein flexibles Vorhaben zukünftig gegeben sein.

Annegret Eppler betrachtete die historischen Entwicklungen flexibler Integration und wies darauf hin, dass Willy Brandt bereits 1975 eine Abkehr von der Gleichbehandlung aller Mitgliedstaaten angeregt hatte. Seither sei nicht nur eine vermehrte Popularität von Flexibilisierungsvorschlägen zu Krisenzeiten erkennbar, sondern auch eine wiederkehrende politische Auseinandersetzung über die Konsequenzen flexibler Integration. Neben dem multidimensionalen Aufbau der flexiblen Integration (politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ebene) habe sie auch eine territoriale Dimension.

Funda Tekin zeigte Spielräume für die Differenzierung auf und setzte dabei den Fokus auf den Schengen-Raum als Teil des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (RFSR). Sie hob hervor, dass eine konzeptionelle Freiwilligkeit im RFSR festzustellen sei. Daher hätten Staaten mit einer „Opt-out-Klausel“, wie Großbritannien, Irland und Dänemark, zu unterschiedlichen Graden „Opt-in-Rechte“ erhalten. Dies ermögliche eine Ad-hoc-Entscheidung über die Teilnahme an europäischen Prozessen. Zudem stellte Tekin die Unterschiede zwischen dem europäischen Problemlösungsinstinkt und dem mitgliedstaatlichen Souveränitätsreflex heraus. Einerseits werde die EU von einigen Mitgliedstaaten als die beste Ebene für Problemlösungen angesehen. Andererseits versuchten einige Mitgliedstaaten wiederum, Kompetenztrans-

¹ Friedrich-Ebert-Stiftung, Richard Hilmer: Was hält Europa zusammen? Die EU nach dem Brexit, August 2017, abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/13505.pdf> (letzter Zugriff: 19.2.2018).

fers auf die europäische Ebene so weit wie möglich zu minimieren, um ausreichend Souveränität zu behalten. Eine Balance zwischen diesen zwei Ansätzen sei für die Fortentwicklung des Konzeptes der flexiblen Integration notwendig.

Die Zukunft einer stabilen Wirtschafts- und Währungsunion

Mit Blick auf die heutige Stabilität und Wachstumsdynamik der WWU erläuterte *Wim Kösters* die Perspektiven der Fortentwicklung des EU-Haushaltes unter Berücksichtigung der anstehenden Verhandlungen über den neuen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR).

Thomas Westphal entkräftete zunächst den Vorwurf, die europäische Währungsunion halte ihr Konvergenzversprechen nicht ein, indem er das Wirtschaftswachstum der osteuropäischen Mitgliedstaaten hervorhob, das gemessen am Individualverbrauch der Ländergruppen der Währungsunion einen Erfolg darstelle. Mit Blick auf die Finanzkrise verwies er auf den sinkenden Wohlstand in den südlichen Mitgliedstaaten. Diese müssten ihre Wirtschaftsprobleme durch nationale Strukturreformen lösen, wobei sie europäische Unterstützung erwarten könnten. Westphal betonte die Notwendigkeit einer präventiven Stabilisierung der WWU und forderte eine verstärkte europäische Koordinierung, um Schocks besser abzufedern.

Ansgar Belke diskutierte die Empfehlungen des „Reflexionspapiers über die Zukunft der EU-Finanzen“,² das die EU-Kommission im Rahmen des Weißbuchprozesses 2017 vorlegte. Er befürwortete die Transformation der WWU hin zu einer kleinen offenen Volkswirtschaft, die ein Sicherheitsprofil verlange, um die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Zudem präsentierte er Leitlinien, welche die Bereinigung notleidender Kredite

im Finanzsektor ermöglichen und die finanzielle Verknüpfung zwischen Banken und Staaten minimieren sollen.

Friedrich Heinemann vertrat die Einschätzung, dass die allokativen Effizienz³ in der wirtschaftlichen Diskussion nicht ausreichend Beachtung finde, und unterstrich, dass es bei den Vorschlägen zur Stabilisierung der WWU an Garantien fehle, um die Degeneration von Stabilisierungsinstrumenten zu Transfersystemen zu vermeiden. Letztere seien eine Belastung für Mitgliedstaaten und könnten diese zum Verlassen der EU zwingen.

András Inotai erörterte den historischen Prozess der WWU und betonte, dass die Stabilität der EU nur durch Wirtschaftswachstum, Strukturwandel in den Mitgliedstaaten sowie Investitionen in Bildung und Soziales erreicht werde könne. Dadurch könne Europa gezielt beweisen, dass es diesen aktuellen Herausforderungen gewachsen ist.

Reformbedarf innerhalb der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)

Im Hinblick auf die großen Herausforderungen der EU betonte *Mathias Jopp*, dass die Integration im Bereich der GSVP eine Glanzleistung des europäischen Integrationsprozesses darstelle.

Dies unterstrich *Robert Dieter* und hob hervor, dass sich die europäischen Staaten durch die Unterzeichnung der Römischen Verträge verpflichteten, die Vision eines geeinten und friedlichen Kontinents Realität werden zu lassen. In den letzten zwei Jahren hätten sich die außen- und sicherheitspolitischen Strategien Europas – bedingt durch neue externe Herausforderungen – gewandelt. Durch den Anstoß Frankreichs und Deutschlands sei es aber gelungen, einen europäischen Konsens zu finden. So sollen auch zukünftig neue mul-

2 Europäische Kommission: Reflexionspapier über die Zukunft der EU-Finanzen, COM(2017) 358.

3 Als allokativer Effizienz im engeren Sinne wird die Effizienz der Preissetzung beschrieben. Demnach ist allokativer Effizienz gegeben, wenn der soziale Überschuss bei gegebenen Kosten, gegebener Nachfrage und Qualität etc. (unter Vernachlässigung von Erweiterungsinvestitionen) maximal ist.

tinationale Außen- und Sicherheitsprojekte ermöglicht werden, wie z.B. die Schaffung eines europäischen Verteidigungsfonds, die gezielte Nutzung der Bestimmungen über die verstärkte Zusammenarbeit⁴ und die Permanent Structured Cooperation (PESCO).⁵ Zeitleggleich müsste ein integrierter Ansatz geschaffen werden, um die verschiedenen Aspekte der inneren und äußeren Sicherheit mit der Konfliktlösung zu verknüpfen und den derzeitigen „comprehensive approach“ des Krisenmanagements auszubauen. Dieter forderte, dass Europa nicht mehr nur ein unbeteiligter Zuschauer des Weltgeschehens sein sollte, sondern ein aktiver Mitgestalter.

Nicole Koenig betonte die Wichtigkeit der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die deutsch-französischen Initiativen der letzten Jahre im Bereich der GSVP seien aber nicht nur durch den gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus verknüpft gewesen, sondern auch durch politische Ereignisse wie den Brexit und die amerikanische Präsidentschaftswahl. Trotz dieser strategischen Konvergenz der deutsch-französischen Außen- und Sicherheitspolitik bestünden weiterhin unterschiedliche strategische Kulturen, die Einfluss auf die Legitimierung militärischer Einsätze nähmen. Daher hinterfragte Koenig, ob die finanziellen und politischen Anreize ausreichen, um langfristig einen effektiven europäischen Verteidigungsfonds zu etablieren.

Daniel Gölér erörterte die aktuelle Lage der GSVP und deren Gestaltungsanspruch im Kontext globaler Konflikte. Die aktuelle Lage der GSVP bezeichnete er als „concept-action gap“, d.h., dass die Zielvorgaben der GSVP und frühere GSVP-Einsätze in Kontrast zu den heute immer weniger anspruchsvollen GSVP-Missionen bei gleichzeitig erhöhtem Handlungsbedarf angesichts der externen Be-

drohungen stehen. Für die Zukunft forderte Gölér eine Klärung der Grundsatzfragen, etwa jener zur strategischen Kultur in den einzelnen Mitgliedstaaten, die Aufschluss über die national, auch zwischen Frankreich und Deutschland, divergierende Verantwortungsübernahme und den Einsatz robuster Maßnahmen geben und damit Art und Umfang von GSVP-Beschlüssen bestimmen.

Leitlinien für einen „europäischen Wandel“

Abschließend fasste *Axel Schäfer* die „Leitlinien“ für eine europäische Zukunft zusammen und forderte Reformen für einen „europäischen Wandel“, bei dem Deutschland auf europäischer Ebene weiter aktiver vorangehen und auch auf nationaler Ebene das Thema Europa politisch stärker etablieren müsse. Dies sei vor allem für die kommende Legislaturperiode sehr wichtig. Um dem Frieden in der Welt zu dienen, müsse Deutschland das epochale Projekt eines vereinten Europas weiterhin vorantreiben. Zudem bestehe die dringende Notwenigkeit, Demokratisierung als gesamteuropäische Aufgabe wahrzunehmen. Ein offener Dialog zwischen den Mitgliedstaaten soll zukünftig mehr in den Fokus rücken, um sich vergangener Erfolge wieder bewusst zu werden. Den aktuellen Herausforderungen durch den Aufstieg des Populismus und des Europaskeptizismus könne Europa nur entgegentreten, wenn es den Erfolg des europäischen Projektes lebe und für sich ernsthaft proklamiere.

60 Jahre Römische Verträge und wie weiter? Alternative Europa!

Die Krisen der letzten Jahre, der Aufstieg des Populismus und Europaskeptizismus, der Brexit und die angespannte Sicherheitslage haben die EU auf eine harte Probe gestellt. Die aktuelle Lage zeigt, dass Probleme nur durch gemeinschaftliche Maßnahmen gelöst

4 Gem. Art. 329 Abs. 2 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

5 PESCO steht für „Permanent Structured Cooperation“ bzw. Deutsch „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ und erlaubt es einer Gruppe von Mitgliedstaaten, enger im Bereich Sicherheit und Verteidigung zusammenzuarbeiten.

werden können. Gerade deshalb muss die EU Solidarität und Zukunftsfähigkeit demonstrieren, um auch in den nächsten 60 Jahren als vereinte und starke Union auf der Weltbühne zu agieren. Konrad Adenauer sagte fast zehn Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge, dass die Einheit Europas ein Traum von wenigen war und dennoch zur Hoffnung für viele wurde. Um diesen Traum von Europa auch in den nächsten 60 Jahren aufrechtzuerhalten, muss die EU durch Fortschritt und Zusammenhalt die Herausforderungen der Zukunft visionär angehen und bewältigen.

Genau dort setzt das Projekt „Alternative Europa!“⁶ an. „Europa gemeinsam neu denken!“

Unter diesem Leitspruch hat sich 2017 das Netzwerk „Alternative Europa!“ gebildet und an Visionen für ein Europa der Zukunft gearbeitet. Der Manifesto-Workshop diente der Überarbeitung von Diskussionspapieren der einzelnen Arbeitsgruppen im Netzwerk⁷ sowie zur Präsentation von Zusammenfassungen der einzelnen thematischen Schwerpunkte, aus denen das gemeinsame „Manifest für ein Europa der Zukunft“⁸ entstand. Das Netzwerk „Alternative Europa!“⁹ ist der festen Überzeugung, dass die Zukunft Europas nur in offenen und dynamischen Diskussionen entstehen kann, und möchte in diesem Sinne die Debatte über Europas Zukunft weiter vorantreiben und Europa gemeinsam neu denken!

6 Für weiterführende Informationen zu „Alternative Europa!“ siehe die Webseite des Projekts: <https://alternative-europa.de/> (letzter Zugriff: 22.2.2018).

7 Die Diskussionspapiere stehen als Download unter <https://alternative-europa.de/visionen/> zur Verfügung.

8 Alternative Europa!, Constanze Aka et al.: Manifest für ein Europa der Zukunft, 2017, abrufbar unter: https://alternative-europa.de/wp-content/uploads/sites/165/2017/12/ALTEU_Manifest.pdf (letzter Zugriff: 19.2.2018).

9 Zur Abschlusskonferenz von „Alternative Europa!“ s. Steffen Jäger/Jana Schubert/Richard Steinberg: „Alternative Europa!“: eine Vision der Generation Zukunft, in diesem Heft, S. 73ff.